



# DER BREMER ANTIFASCHIST <sup>0,50 €</sup>

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Dezember 12/2002

## CDU-Fraktion kontra VVN-BdA und Bremer Ausländerbeauftragte - Wir dokumentieren

Am 19. Oktober erhielt unser Landesvorstand von einer Anfrage der CDU-Fraktion an den Senat Kenntnis, in der die VVN-BdA Bremen mit Hinweis auf den Verfassungsschutzbericht 2001 in übelster Weise diffamiert wird.

Unser Landesvorstand reagierte unverzüglich mit einem Schreiben an die CDU-Fraktion und sandte dieses auch den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Bitte um eine Stellungnahme. Die **BAF Redaktion** möchte diesen Vorgang ihren Leserinnen nicht vorenthalten:

An die Fraktion der CDU in der Bremischen Bürgerschaft Landtag. Betr.: Ihre Anfrage vom 12.09.: Wirbt die Ausländerbeauftragte des Landes Bremen für Kommunisten? Empört entnehmen wir dieser Anfrage, dass Sie, gestützt auf die verleumderische Behauptung im Verfassungsschutzbericht des Bundes von 2000 die VVN-BdA Bremen sei eine Organisation orthodoxer Kommunisten, vom Senat Maßnahmen gegen die Ausländerbeauftragte fordern, weil in deren Internetseiten die VVN-BdA als wichtige Organisation eingestuft wird.

Hat die CDU-Fraktion keine besseren Quellen, sich über den tatsächlichen Charakter unserer Organisation zu informieren, als den Verfassungsschutz, der gerade durch seine skandalöse Zusammenarbeit mit führenden Funktionären der NPD Aufsehen erregt hat? Weiß die CDU-Fraktion, wissen die Herren Eckhoff und Herderhorst wirklich nicht,

- dass die VVN-BdA seit ihrer Gründung im März 1947, bei der übrigens auch demokratische Christen beteiligt waren, aktiv antifaschistisch demokratische Arbeit für unser Land und seine Menschen macht?

- dass die VVN-BdA wegen ihres konsequenten Einsatzes gegen rechtsextreme und neonazistische Kräfte und deren Aktivitäten auf der Veranstaltung zum fünfzigsten Jahrestag ihrer Gründung in einer Ansprache des Präsidenten des

Senats, Herrn Henning Scherf, gewürdigt wurde?

- dass unser Ehrevorsitzender, Kamerad Willy Hundertmark, auf Vorschlag des Senats mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde?

- dass in der VVN-BdA Bremen Christen, Sozialdemokraten, Mitglieder der DKP, der PDS, der Gewerkschaften und anderer Organisationen und Bewegungen organisiert sind?

Hinweisen möchten wir die Anfragersteller schließlich noch darauf, dass auf dem Verschmelzungskongress der westdeutschen und ostdeutschen antifaschistischen Verbände zur einheitlichen VVN-BdA Anfang Oktober in Berlin ein Grußschreiben des Herrn Bundespräsidenten überbracht wurde und die Vizepräsidentin des Berliner Landtags ein Grußwort an die Delegierten richtete.

Von der Tagung des Landesvorstandes der VVN-BdA fordern wir Sie in dessen Auftrage auf, ziehen Sie Ihre Anfrage zurück.

VVN-BdA Bremen

Die Anfrage wurde nicht zurückgezogen, und eine Antwort erhielten wir von den Herren Herderhorst und Eckhoff nebst CDU-Fraktion auch nicht. Dagegen sandte uns die Fraktion der SPD die Antwort des Senats in der Fragestunde vom 23. Oktober und entsprach unserer Bitte um

eine Stellungnahme. Beides veröffentlichten wir hiermit gekürzt.

Senatorin Karin Röpke: "Für den Senat beantworte ich die Frage wie folgt:

Auf der Homepage der Ausländerbeauftragten des Landes Bremen wird zum Aufgabenfeld 'Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit' über "Links" (Verknüpfungen, die auf andere Internetseiten verweisen, Anm. der Redaktion) auf eine Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen verwiesen, die sich in Bremen in diesem Aufgabenfeld engagieren, so auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA). Dabei wird einleitend betont, dass die Ausländerbeauftragte für den Inhalt der Web-Seiten nicht verantwortlich ist.

Diese Präsentation von "Links" ist übliche Praxis; sie darf nicht als Form der Anpreisung oder Werbung parteipolitischer oder ideologischer Ausrichtungen oder als inhaltliche Zustimmung verstanden werden.

Dem Senat ist bekannt, dass die VVN-BdA im Verfassungsschutzbericht 2001 des Bundesinnenministeriums als Bündnis beschrieben wird, das von einem traditionell orthodox kommunistischen Flügel wesentlich geprägt ist.

Weiter geht es auf Seite 2

### Jahresabschluss

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Friedensfreunde und Weggefährten unserer gemeinsamen politischen Arbeit,

zu unserer diesjährigen Jahresabschlussfeier möchten wir jeden einzelnen von Euch recht herzlich einladen. Sie findet am **Samstag, 07. Dezember ab 15:00 Uhr** in der **Begegnungsstätte Haferkamp** statt (zu erreichen über die Straßenbahnlinien 2 und 10). **Aline Barthélémy** wird uns mit ihren Friedensliedern Mut machen. Wir hoffen auf regen Zuspruch. Für diese Veranstaltung möchten wir von Euch einen Kostenbeitrag von 4 € erbitten. Über weitere Spenden darüber hinaus freuen wir uns sehr. Wer abgeholt werden möchte, soll bitte bis Montag, den 02. Dezember im Büro Bescheid geben (382914).

Euer Landesvorstand

# Der gelbe Stern

Im Bürgerhaus Vegesack lief vom 01. bis zum 23.11.2002 eine Ausstellung über das jüdische Leben in Deutschland zwischen 1900 und 1945. Ich schaute mir die Ausstellung kurz vor ihrer Eröffnung am 01. November gegen 19:00 Uhr an. Etwas verwundert betrachtete ich die Fotografien, die spärlich beschriftet und durch Zitate von Zeit- und Augenzeugen aufgelockert, auf Pappe geklebt waren. Das ganze wirkte etwas laienhaft. Erst als ich erfuhr, dass die Ausstellung ursprünglich 1988 in der DDR entstanden war und die Macher keinen Zugang zu den entsprechenden Archiven hatten, wurde vieles klarer.

Die kurze erste Abteilung enthält daher neben Fotos jüdischen Leben, lebendiger jüdischer Aktivität zwischen 1900 und 1932 auch bekannte Familienbilder aus der Frankfurter Zeit Anne Franks und ein Foto Rosa Luxemburgs. Es fehlten Belege für den wachsenden Antisemitismus während der wilhelminischen Epoche und der Weimarer Republik.

In den anderen Abteilungen, die sich mit dem 3. Reich beschäftigen, werden 3 Schwerpunkte gebildet, die auch die eindringlichsten Fotografien der planvollen Entrechtung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung zeigen. Der erste beschäftigt sich mit dem Jahr 1933 und insbesondere mit dem Boykott jüdischer Geschäfte. Im zweiten Schwerpunkt dreht es sich um die Reichspogromnacht. Den dritten Schwerpunkt bilden Bilder um das Warschauer Ghetto von Joe Heydecker und den Ghettoaufstand 1943.

In seiner Rede zur Ausstellungseröffnung vor ca. 15 Gästen wies unser Kamerad und Leiter des Bürgerhauses Gerd Meyer darauf hin, dass die jährlichen Gedenkveranstaltungen zu Reichspogromnacht und Volkstrauertag nicht ausreichen. Eine Ausweitung der antifaschistischen Arbeit in Bremen-Nord und Umgebung sei notwendig. Jochen Schmidt von der Friedensbibliothek Antikriegsmuseum Berlin, den Ausstellungsmachern, erläuterte, wie es zu der Ausstellung kam. Sie sei die erste Ausstellung in der DDR gewesen, die sich ausschließlich mit dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Europa beschäftigte. Seitdem ist sie kaum geändert worden.

Er wies auf den Antisemitismus während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik hin, der eher in staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen institutionalisiert war als öffentlich zu Tage zu treten. Im Gegensatz zu anderen Nationen, wie Frankreich oder England, sei in Deutschland kaum eine Gegenbewegung vorhanden gewesen. Erkennbar war ein deutlicher Unterschied zwischen den "assimilierten" und den gläubigen Juden.

Ab 1933 kam es zu einer zunehmenden Entrechtung der Juden in Deutschland. Bereits 1933 gab es antisemitische Pogrome, an denen sich ein großer Teil der nichtjüdischen Bevölkerung begeistert beteiligte. So wurde ein Münchener Rechtsanwalt, der sich wegen der Übergriffe bei der Polizei beschwerte, der SA übergeben, verprügelt und mit einem Schild um den Hals durch München getrieben. Betont wurde, wie der Antisemitismus immer mehr in die Mitte der Gesellschaft trat, so fuhren im Karneval antisemitisch geschmückte Wagen mit, die bezeugen, dass den Deutschen das Schicksal der Juden nicht verborgen geblieben war.

Die Abteilung über 1938 enthielt eindringliche Fotos der Reichspogromnacht aus ganz Deutschland. Die Bilder über das Warschauer Ghetto zeigen neben der ausgemergelten Bevölkerung, die durch Hunger und Seuchen ermordet werden sollte, auch Janusz Korczak, einen polnischen Arzt, der freiwillig seinen Patienten in die Deportation folgte. Der Ghettoaufstand 1943 wurde durch einen der Täter mit einer Fotokamera dokumentiert. Vom Artillerieeinsatz bis zu Massenerschießungen wurde alles mit zynischen Bildunterschriften belegt. Vom Ghetto und letztendlich von ganz Warschau ließen die deutschen Herren kaum etwas übrig.

Besonders erwähnt soll hier werden, dass auch Widerstand gezeigt wurde. Ein Bürstenfabrikant, der blinde, jüdische Menschen beschäftigt, versuchte, seine Angestellten vor der Ermordung zu bewahren. Leider gelang dies nur selten. Erfolgreicher waren 1943 die Frauen, die nach der Verhaftung ihrer jüdischen Männer in der Berliner Rosenstraße für deren Freilassung demonstrierten. Die Männer wurden wieder freigelassen. Die

## Fortsetzung von Seite 1

Die Ausländerbeauftragte des Landes Bremen hat nicht die VVN-BdA als Verein als wichtig eingestuft, sondern dessen bremische Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Unabhängig davon prüft die Ausländerbeauftragte in regelmäßigen Abständen die Aktualität der "Links" auf ihrer Homepage."

Aus dem Brief des Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen, Herrn Jens Böhrnsen an die VVN-BdA Bremen:

Die in der von Ihnen zitierten Frage des CDU-Abgeordneten Herderhorst zum Ausdruck kommende Haltung gegenüber der VVN-BdA wird von mir und der SPD-Bürgerschaftsfraktion ausdrücklich nicht geteilt. Ich glaube auch, dass der Senat, vertreten durch die SPD-Sozial-

Ausstellung wurde bereits häufig u. a. in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hessen in Schulen gezeigt, nach dem es in den entsprechenden Ortschaften zu neofaschistischen Umtrieben kam. Ziel der Ausstellung "Der gelbe Stern" ist es nach Angaben von Schmidt, die Einstellung der Menschen zu ändern. Sie kann auf jeden Fall das Interesse der Menschen wecken und somit einen ersten Schritt gegen das Vergessen bedeuten.

Ulrich St.

## Gesamtdeutsche VVN-BdA

Auf dem Vereinigungskongress der VVN-BdA (West) und der VVdN-BdA (Ost) am 14.10.2002 in Berlin wurde ein Verschmelzungsvertrag beschlossen, der im Grundsatz unsere bisherigen Aufgaben und Ziele weiterhin beinhaltet. Die langjährigen Verhandlungen sind somit positiv beendet worden. Unsere Landesvereinigung bleibt in dem bisherigen Aufbau bestehen und wird hoffentlich durch die Vereinigung auch eine Aktivierung erfahren! Eine gravierende Neuerung ergibt sich jedoch:

Unsere vierteljährige "antifa-rundschau" (ar) wird ab 2003 nicht mehr erscheinen, dafür wird eine Zeitschrift mit dem Namen "anfifa" gemeinsam herausgegeben, die zweimonatlich erscheinen wird. Unser monatlicher "Der Bremer Antifaschist" (BAF) bleibt davon unberührt. Wir hoffen, dass wir auch weiterhin Leserschriften erhalten und vor allem wie bisher gute BAF-Spenden vereinnahmen können.

Friedel Becker

senatorin Karin Röpke, in der Bürgerschaftssitzung dieses Monats in angemessener Weise darauf geantwortet hat (vgl. Anlage).

Es wird Sie nicht wundern, dass ich auch angesichts der verwandtschaftlichen Verbundenheit zu Ihrem Ehrenvorsitzenden, Willy Hundertmark, zu Ihrer Organisation eine weit differenziertere Haltung habe als die CDU und ich mich Ihrem Anliegen, an die Verfolgung durch das Naziregime zu erinnern und dem Antifaschismus verbunden fühle.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass wir uns unkritisch mit den Positionen von Mitgliedern anderer Parteien (insbesondere der DKP und der PDS) innerhalb Ihrer Vereinigung solidarisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Böhrnsen

# Krieg gehört ins Museum

Vom 12. bis 17. Oktober habe ich vier Gedenkstätten in Belgien und den Niederlanden besucht. Begonnen habe ich in Meensel-Kiezegem, 40 km nordöstlich von Brüssel, freundlich empfangen von Guido Hendryckx. Er fuhr mit mir die kleinen Sträßchen ab, die den im Talkessel gelegenen Ort umgaben. Hier oben hat man ausgezeichneten Radioempfang, ein Grund für die Erschießung von Gaston Merckx am 30.07.1944 durch eine kleine Gruppe von Widerständlern, die fürchteten, dass Kollaborateure sie entdeckt hätten. Als Vergeltung folgten Anfang August 1944 zwei Razzien belgischer SS'ler. Drei Einwohner wurden am 01. August 1944 erschossen, Verhöre und schwere Misshandlungen folgten, 15 Menschen brachten sie ins Gefängnis nach Leuven. Das war nur das Vorspiel: zehn Tage später wurde der Ort mit 300 SS'lern konzentrisch eingekreist, alle Feldwege abgesperrt und die Häuser durchkämmt. Weitere 76 Einwohner wurden der Unterstützung des Widerstandes wegen in Viehwaggons nach Neuenamme deportiert. Einige wenige gerieten in einen Geisterzug, aus dem sie durch Vermittlung des Roten Kreuzes befreit wurden.

Zwei Gedenkstätten finden sich in Meensel. Tafeln erinnern im Info-Lokal an die Toten. Ihre Namen, Lebensdaten, Porträts finden sich in der ehemaligen Schule. Guidos Vater hatte über lange Jahre die Erinnerungsarbeit geleitet. Nach seinem beruflichen Ausscheiden führte der Verein unter Leitung des Pfarrers die Arbeit mehr schlecht als recht weiter. Den Kindern der Opfer genügte das nicht. Dies war einer der Gründe für die Erstellung eines Films unter Beteiligung der meisten Einwohner (vgl. August-BAF).

Auf dem Friedhof finden sich gepflegte Gräber, auf den Grabsteinen Namen und Lebensdaten. Die Toten wurden größtenteils nicht nach Meensel überführt. Im vergangenen Jahr wurde mit Huize Hage-land eine zweite Gedenkstätte errichtet, die für Besuche von Schulkindern eingerichtet ist und die Ereignisse vom August 1944 aus Sicht der Überlebenden darstellt. Lange habe er gebraucht, bis er begriffen habe, dass auch Deutsche ins KZ gebracht worden waren, sagt Guido. Von Meensel aus bin ich zum Fort Breendonk südlich von Antwerpen gefahren. 1940/44 hatten flämische SS und

deutscher Sicherheitsdienst mehr als 3.500 Menschen in dieser 1906 errichteten Festung untergebracht. Mit 32, später mit 48 Mitgefangenen in einer Zelle hatte man die Verhöre abzuwarten. Mindestens 164 Häftlinge wurden erschossen, 21 gehängt, 98 erschlagen, ertränkt oder zu Tode gehungert. 2.330 Häftlinge wurden von hier ins KZ deportiert. In dieser Gedenkstätte erhält der Besucher einen umfassenden Überblick über die Lebensbedingungen und -erwartung der Häftlinge.

Von Breendonk bin ich weitergefahren nach Overloon zwischen Nimwegen und Venlo. "Krieg gehört ins Museum" steht über dem Eingang des Hauptgebäudes. Overloon war September/Oktober 1944 Schauplatz einer erbitterten Panzer-



Das Zwangsarbeiterdenkmal in Overloon - eingeweiht 1996

schlacht der Alliierten mit SS-Einheiten. Sehr freundlich empfangen wurde ich von Dr. Stef Temming, dem Leiter der Gedenkstätte. Der erste Teil des Wegs führt durch eine Ansammlung von Kriegsgerät, stummen Zeugen, nicht Gegenstand von Kriegsverherrlichung. "Nach Berlin" ist da auf einem Panzer zu lesen. Die älteren Teile des Fuhrparks finden sich in einem Gebäude. Schautafeln ordnen dieses Kriegsgerät ein in den Zusammenhang mit der Suche nach Frieden, sollen den Betrachter zum Nachdenken anregen, warum Kriege entstanden sind, wozu sie geführt werden und wie sie verhindert werden können. Im Hauptgebäude findet sich die Darstellung von Besetzung, Widerstand und Befreiung, Kollaboration und Vergeltung mit Fotos, Lebensmittelmarken, illegalen Papieren, Radiodokumenten.

In einem Nebenraum dann die Ausstellung zu dem Lied "Lili Marleen" aus dem "Haus der Geschichte". Man kann die Entwicklung des Lieds verfolgen, seine Nutzung als Durchhalteparole 1943,

nachdem alle Versuche misslungen waren, es zu verbieten. Die verschiedenen Interpreten werden vorgestellt. Die Ausstellung "Gegen die Zeit" in einem weiteren Nebenraum zeigt neben bekannten Bildern Widerstandshandlungen von Cato Bontjes-van-Beek, Georg Elser u.a. In einem besonderen Gebäude, eingegraben unter einem Hügel des früheren Schlachtfeldes, wird dem Betrachter das Schicksal von KZ-Häftlingen und Gefangenen in den Lagern Südostasiens nähergebracht. Das Vermächtnis von Zeitzeugen steht hier im Mittelpunkt.

Der letzte Teil meiner Gedenkstättenfahrt führte mich nach Westerbork südöstlich von Groningen, dem Lager, von dem aus Anne Frank und ihre Familie nach Auschwitz deportiert wurden. Schon vor Beginn des zweiten Weltkriegs wurde es als Auffanglager für bis zu 2.500 Flüchtlinge gebaut, isoliert von der Umgebung, mit eigenen Geschäften, Schulen und Sportplätzen. Im Erinnerungszentrum findet sich eine Ausstellung über jüdische Arbeitslager. Mit Übernahme des Lagerregiments durch die SS Mitte 1942 wurde die Situation zunehmend menschenunwürdig.

Westerbork bot eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Deportation in Richtung

Osten vorzubereiten. Die Ausstellungen zeigen Schubkarren mit persönlichen Papieren, mit Photos, mit Lebensmittellkarten, mit Erinnerungsstücken persönlichster Art, Erinnerungen in Schubladen, persönliche Briefe. Überall Koffer, Schuhe, zurückgelassene Kleidung. 17.000 Menschen fanden sich in Westerbork im Oktober 1942. Es sollte der Eindruck entstehen, bei den Deportationen ging es "nur" um den Arbeitseinsatz im Osten. Jeden Dienstag fuhr ein Güterzug mit 1.000 Menschen in die Vernichtungslager Auschwitz oder Sobibor.

Der letzte von 93 Zügen am 13.09.1944 führte u.a. 77 entdeckte untergetauchte Kinder mit. Das Lagergelände enthält nur wenige sichtbare Überreste dieser Zeit. Der zentrale Appellplatz ist bedeckt von 102.000 aufrechten Stäben mit Davidstern, aufgereiht in Blöcken. Ein hochgebogenes Gleis erinnert an die Deportation von mehr als 100.000 Menschen in drei Jahren. Betonfassaden erinnern an die Baracken.

Raimund Gaebelein

# Reaktionen auf: "Die Wahlen vom 22. September"

## Redaktionelle Anmerkung

Der Artikel von Herbert Breidbach "Die Wahlen vom 22. September" in der letzten BAF-Ausgabe scheint bei einigen unserer Mitglieder und LeserInnen - siehe Artikel von Willi Gerns - den Eindruck erweckt zu haben, als sei dieser Artikel als eine Art offizielle wahlstrategische Richtlinie der Bremer VVN-BdA zur kommenden Bürgerschaftswahl zu werten. Dass dieser Eindruck erweckt wurde, ist sicher auch dem Umstand zu verdanken, dass der Artikel auf der ersten Seite des BAFs abgedruckt wurde.

Hierzu nur Folgendes:

Der Artikel von Herbert Breidbach ist keine vom Landesvorstand in Auftrag gegebene Arbeit. Er ist namentlich gekennzeichnet und stellt somit eine persönliche Meinung dar. Wir sind immer bemüht, die Meinungen unserer Mitglieder und LeserInnen wiederzugeben und freuen uns über jede Reaktion auf Artikel, die im BAF abgedruckt wurden. Die Vielfalt der Ansichten zu bestimmten Themen, die über Artikel in unserer Zeitung veröffentlicht werden, zeigen letztlich auch die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der VVN-BdA auf, worin wir als parteiunabhängige antifaschistische Organisation eine unserer Stärken sehen.

Eure BAF-Redaktion

## Wahlaussichten

Kaum ist der Bundestagswahlkampf beendet, beginnt der bremische Bürgerschaftswahlkampf. Der Kamerad Herbert Breidbach schlug daher unerschrocken einen Bogen von seiner Analyse der Bundestagswahl zu einer persönlichen Wahlempfehlung für die Bürgerschafts- und Beiratswahl in Bremen. Etwas widersprüchlich klingt es, wenn er bedauernd den Untergang der PDS für den Fall voraussagt, dass sie nicht bald einen "spürbaren Wahlerfolg" erringt und gleichzeitig zur Wahl von Bündnis 90/Die Grünen bei der Bürgerschaftswahl aufruft. Doch beabsichtige ich hier nicht, Herberts Artikel zu analysieren, sondern die Chancen und Risiken aufzuzeigen, die sich aus einer Unterstützung der Grünen in Bremen ergeben könnten.

Im günstigsten Fall werden die Grünen so stark, dass eine rot-grüne Koalition über eine große Mehrheit in der Bürgerschaft verfügen würde. Wie täte sich bei einer solchen Koalition? Pragmatisch wie rot und grün in Bremen sind, würden sie, um ein Kanzlerwort zu gebrauchen, wohl "nicht alles ändern, aber vieles besser machen" oder doch nicht?

Die als bremische Wirtschaftspolitik derzeit verkauften Großprojekte, wie Space-Park etc., sind fast alle soweit fortgeschritten, dass man die dort investierten Steuereuros abschreiben muss. Soweit nicht der unwahrscheinliche Fall eintreten sollte,

dass sie rentabel laufen, wird auch ein rot-grüner Senat weiter Geld hineinpumpen müssen, um diesen Investitionsruinen leben einzuhauchen. Damit ist das Geld für Bildung, Kultur und Soziales weg. Im Übrigen ist damit zu rechnen, dass die SPD in einer zukünftigen Koalition nicht das für falsch hält, was sie jetzt als richtig preist. Dasselbe gilt für die bremische Innenpolitik. Das Modellprojekt der Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz wird wohl kaum vorzeitig eingestellt und nach Ablauf des Modells wird die Polizei daraus einen vollen Erfolg machen, auch wenn die Drogengeschäfte nur zwei Straßen weiter durchgeführt werden. Nicht zu rechnen ist damit, dass der/die neue InnensenatorIn mehr Enthusiasmus beim Verbot von Naziaufmärschen zeigen wird, jedenfalls solange wie diese Verbote von den Gerichten immer wieder aufgehoben werden. Ich rechne bei einer rot-grünen Koalition eigentlich nur damit, dass ein rot-grüner Senat nur auf zwei Politikfeldern gegenüber der jetzigen Koalition spürbare Vorteile bringt: Im Voranbringen fortschrittlicher Energiekonzepte (Solarstrom etc.) und bei der Erhaltung von schutzwürdigen Naturflächen (u.a. Hollerland).

Aber wahrscheinlicher als eine neue Regierung ist es, dass die jetzige fortgesetzt wird. Diese Einschätzung beruht einerseits darauf, dass das Ende der großen Koalition auch das Ende von Bürgermeister "Allesumarmen" Henning Scherf sein wird (für den die SPD keinen Nachfolger hätte), und andererseits, dass der linke Flügel innerhalb der SPD (der rot-grün bevorzugt) zu klein ist um bestimmend zu werden. Dafür spricht zusätzlich, dass die Mehrheit der SPD'ler die Ampelkoalition noch in schlechter Erinnerung hat.

Bleibe den Grünen demzufolge die Opposition. Dort haben sie sich in den letzten beiden Legislaturperioden auch nicht angeboten. Nur in Einzelfällen ist wenigstens ihr Protest gegen Vorhaben des Senats an die Öffentlichkeit getreten, doch praktikable Alternativen wurden entweder nie erarbeitet oder nie veröffentlicht. Auch fünf Prozentpunkte mehr (alles andere wäre utopisch) würden hieran nichts Wesentliches ändern.

Trotzdem rate ich niemanden, der sich mit den Grünen und ihrem Programm identifizieren kann, davon ab, Bündnis 90/Die Grünen zu wählen. Dies gilt auch für potentielle Wähler jeder anderen Partei, die sich für Demokratie und Menschenrechte stark macht. Denn einen Erdrutschsieg gegen die reaktionäre Koalition aus Scherf, Perschau, Hattig und Böse wird es nicht geben. Nicht die Kreuze bei der Bürgerschafts- und Beiratswahl können deren Politik sprengen, sondern nur die finanzielle Unterstützung für und die tätige Mitarbeit in Projekten, Initiativen und Organisationen

(wie die VVN-BdA). "Wählen gehen um den Brüderpaar Neoliberalismus und Neofaschismus eine Abfuhr zu erteilen und aktiv werden für eine lebendige Demokratie in einer lebenswerten Gesellschaft" lautet auch 2003 die Parole.

Ulrich St.

## Verwunderung

In der Novemberausgabe des "Bremer Antifaschist" hat Herbert Breidbach empfohlen, bei den Bürgerschaftswahlen im kommenden Jahr die Stimme für die Bürgerschaft den Grünen und die zu den Beiräten der PDS zu geben. Darüber bin ich, gelinde gesagt, doch sehr verwundert. Erstens steht diese Empfehlung nicht in einem Leserbrief, sondern im Aufmacher der Zeitung, sodass der Eindruck entstehen kann, es handele sich um die Position der VVN-BdA Bremen. Das widerspricht aber der Tradition unserer Organisation, die als überparteiliche antifaschistische Organisation aus guten Gründen immer auf Wahlempfehlungen zugunsten bestimmter Parteien verzichtet und stattdessen so etwas wie antifaschistische Wahlprüfsteine als Entscheidungshilfe entwickelt hat.

Zweitens scheint mir eine Empfehlung zugunsten der Grünen aber auch von unserem antifaschistischen Selbstverständnis her äußerst problematisch zu sein. Schließlich trägt die Partei der Grünen maßgebliche Verantwortung für die deutsche Beteiligung am völkerrechtswidrigen Überfall der NATO auf Serbien, ein Land, dessen Volk unter der Naziokkupation in besonderem Maße zu leiden hatte und das eine herausragende Rolle im antifaschistischen Befreiungskampf der Völker gespielt hat. Damit sollen keineswegs alle Grünen als Kriegsverbrecher abgestempelt werden. Es gibt in dieser Partei trotz allem auch noch Pazifisten und Antifaschisten. Bei Wahlen geht es jedoch nicht um die oder den einzelnen Grünen, sondern um die Politik der Partei, und für die steht nicht mehr Grün, sondern Olivgrün.

Drittens. Die Empfehlung, die PDS nicht zur Bürgerschaft, sondern nur zu den Beiräten zu wählen, die so gut wie keinen politischen Einfluss haben, steht in deutlichem Widerspruch zu Herberts Aussage: "Gelingt es der PDS nicht, recht bald einen spürbaren Wahlerfolg zu erringen, wird sie als parlamentarische Kraft sehr schnell aus der politischen Landschaft der Bundesrepublik verschwunden sein." Nach alledem lautet meine Empfehlung, wir sollten bei der bewährten Tradition unserer Organisation bleiben und zu den Bürgerschaftswahlen statt Wahlempfehlungen zugunsten von Parteien antifaschistische Wahlprüfsteine entwickeln.

Willi Gerns

# Das Märchen von der größten "Demokratie"

Die US-Amerikaner bezeichnen die USA gerne als die größte Demokratie der Welt. Dies ist sicherlich eine sehr subjektive Ansicht. Schließlich gibt es die Weigerung, das Protokoll von Kioto zu ratifizieren, ständige Wirtschaftsboykotte, zuletzt gegen Stahlimporte, oder den Wunsch, Irak und Saddam Hussein zu bombardieren. Es ist sehr bezeichnend, dass es gerade in Sachen der Wahrung der Menschenrechte Ärger mit den USA gibt. Sie wollen der Schaffung eines Weltgerichtshofs für Menschenrechte nur zustimmen, wenn er nicht gegen US-Bürger eingesetzt würde. Also wollen sie einen Freibrief für jeden US-Amerikaner. Ein dicker Fleck auf der vermeintlich weißen Weste ist das berüchtigte Camp X-Ray in Guantánamo Bay auf Kuba. Dort sitzen viele "Häftlinge" aus dem Afghanistankriegszug. Offiziell gehört es nicht zu den USA, d.h. es gilt auch kein US-Recht. Also sind die Menschen Privatsklaven von George W. Bush auf extraterritorialem Gebiet, ohne irgendwelche Rechte. Und genauso werden sie auch laut den Medien behandelt. Einer der Opfer der US-Willkür ist der in Bremen lebende 20-jährige Türke Murat Kurnaz. Er fuhr als "Sympathisant der Taliban" von Bremen nach Afghanistan und wurde alsbald festgenommen. Mittlerweile sitzt er seit über elf Monaten in Guantánamo Bay, ohne mit einem Anwalt gesprochen zu haben. *"Murat wollte an einer arabischen Koranschule studieren"*, sagt seine verzweifelte Mutter. Das Auswärtige Amt hat ihr zwar geschrieben, aber für einen türkischen Staatsangehörigen ist allein die Türkei zuständig. Und die

## Lili Marleen

In der Ausgabe des Weser Kurier vom 16.10.2002 wurde zum Tode des in Braunschweig geborenen Komponisten Norbert Schultze eine Würdigung seines Schaffens, unter besonderem Hinweis auf seine 50 Filmmusiken, einige seiner Opern und Musicals sowie das Chanson "Lili Marleen", veröffentlicht.

Ausgeblendet wurde in dem von dpa übernommenen Bericht, dass Norbert Schultze in seinem Leben nicht nur harmlose Ohrwürmer komponiert hat, sondern sich voll in den Dienst des damaligen Reichspropagandaministeriums stellte und zahlreiche Kriegs-, Kampf- und Propagandalieder präsentierte, um die Kriegsbegeisterung und den Drang zum Opfertod anzuheizen.

In seinen damaligen "Schöpfungen" zu den jeweiligen Feldzügen u.a. gegen Frankreich und Russland sowie in Afrika, war die Rede von "bahnbrechenden, rollenden Panzern, dröhnenden Motoren der Luftwaffe für Fallschirmjäger und Bombenhagel sowie dunkle Wolken im Osten." Diese Seite des Norbert Schultze sollte ebenfalls nicht vergessen werden.

Dr. Walter Franke

rühren keinen für einen vermeintlichen Talibanhelfer. Kurnaz ist laut Aussagen der Eltern leicht zu beeinflussen und war wohl kaum ein Talibankämpfer. Mittlerweile sind die US-Militärs sicher, das Kurnaz höchstens ein "keines Licht" war. Ein Anhänger Osama Bin Ladens war er nicht und zum Al-Qaida-Netzwerk gehört er wohl genauso wenig. Nur hilft es ihm nicht. Er sitzt im Niemandsland, in dem nicht Recht und Gesetz gelten, sondern ausschließlich die Interessen des US-Militärs und der Bushregierung.

"Für Strafverteidiger ist es eine furchtbare Erfahrung zu sehen, dass das internationale Rechtssystem so eklatant versagt", sagt der Rechtsanwalt Bernhard Docke, der von Bremen aus die Familie von Murat Kurnaz vertritt. Kurnaz spricht kein Arabisch, kaum Englisch und versteht nichts von Waffen. Optimale Voraussetzungen für einen islamistischen "Gotteskrieger" sind das gerade nicht. Leider wird das einen Möchtegernweltpolizisten à la Bush kaum kratzen. Zu groß ist wohl die Angst, jemand wie Kurnaz könnte über die unmenschlichen Haftbedingungen reden. Denn das was wir darüber wissen, ist wohl nur die berüchtigte Spitze des Eisbergs. Der SPIEGEL hat Guantánamo Bay als "Alcatraz der Moderne" bezeichnet. Alcatraz war wohl eher ein Fünfsternehotel dagegen, und George W. Bush ist der "Bernardo Gui der Moderne". (Inquisitor in "Der Name der Rose"). *"Der Präsident ist sehr zufrieden mit der Behandlung der Gefangenen"*, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer. Sie würden "menschlich und respektvoll" behandelt. Dabei erinnern die 2,50mx2,50m-Käfige schon eher an Hundezwinger denn an eine Gefängniszelle. *"Die Berichte der Menschenrechtsorganisationen und die Fotos aus Guantánamo Bay sind erschreckend. Gefangenen den Mund, Augen und Ohren*

*zu schließen und sie durch Fesseln an jeder Bewegung zu hindern, ist Folter und international geächtet"*, sagt Ulla Jelpke (PDS) und fordert die Bundesregierung auf, *"sich nicht feige hinter angeblichen Bündnispflichten zu verstecken, sondern energisch gegen diese Praktiken vorzugehen und ihre Abstellung zu verlangen."* In einer Resolution der UN musste die USA eine herbe Niederlage einstecken. Washington verlor eine Abstimmung über das Anti-Folter-Abkommen. Sie wollten die Diskussion bis ins Unendliche verzögern. Der Rat, ihm gehören 54 Mitglieder an, beschloss das Abkommen gegen die Stimme von der USA, China und Kuba (!). Die 15 EU-Staaten stimmten ebenfalls zu. Die USA planen mittlerweile, einige der Häftlinge zu entlassen. So werden wohl erst die über Hundertjährigen und dann die Neunzigjährigen entlassen. (Die ältesten Inhaftierten sollen 102 bzw. 90 sein.) Dann muss Murat Kurnaz noch lange in Guantánamo Bay darben.

Auch die Bremer Terrorbekämpfer um Kuno Böse melden sich zu Wort. So soll z.B. im "inneren Zirkel" der Bremer Fatih-Moschee der Anschlag vom 11. September mit großer Freude begrüßt worden sein. Da das aber der Bremer Verfassungsschutz sagt, muss der Wahrheitsgehalt noch überprüft werden. Kuno B. von der CDU sagte der WELT AM SONNTAG: *"Die Moscheen vernetzten sich. Ich frage mich: Was treibt einen Türken, der in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, dazu, sich den Kämpfern der Islamisten anzuschließen? Was ist bei der Integration schief gelaufen?"* Hat Kuno B. Informationen, die nicht einmal die US-Geheimdienste haben? Denn, wie sonst kann er behaupten, dass sich Murat Kurnaz den Taliban wirklich angeschlossen hat.

Gerold

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Geschichtsforschung
- Erinnerungsarbeit

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Geb.-Datum \_\_\_\_\_

Bremen, den \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
 VVN-BdA Bremen e.V.,  
 Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,  
 28217 Bremen

## Null Nazis

Unter diesem Motto fand am Abend des 18. Oktobers in Bremen-Blumenthal zwischen sich auftürmenden Sozialbauten eine antifaschistische Kundgebung besonderer Art statt. Ziel der Veranstalter war es offensichtlich, vor allem die jüngeren Bewohner des Ortsteils, insbesondere der Siedlung, für den Antifaschismus zu gewinnen, indem sie insbesondere darauf aufmerksam machten, dass führende Neofaschisten in Blumenthal wohnen. Dies ist dort und an anderen Orten bereits öfter versucht worden. Neu an dieser Kundgebung waren allerdings die Methoden, die Jugendlichen zu gewinnen. Angeboten wurden moderne Musik vom Plattenteller, die Möglichkeit auf mitgebrachten Stoffwänden zu sprayen, zwei kurze, aber dennoch informative Filme über die neofaschistischen Aktivitäten in Blumenthal und ein antifaschistischer Bücherstand. Auch einen billigen Imbiss konnte der Besucher erhalten. Diese Angebote nahmen die zum Großteil ausländischen Jugendlichen der Umgebung in großem Maßstab war. Mir schien es so, dass die meisten durch den Menschaufmarsch und die Musik angezogen sich wahrscheinlich zum ersten Mal auch für die politische Informationen, die über Filme, Transparente und Flugblätter rüber gebracht wurde, interessierten. Auch die antifaschistische Szene Bremens war zahlreich vertreten und in deutlicher Überzahl, aber ohne größere Schutzrüstung, die selbsternannten "Freunde und Helfer". In völliger Fehleinschätzung der Lage sperrten die Damen und Herren in grün zeitweise den gesamten Kundgebungsplatz ab, so dass es nicht möglich war zu gehen. Trotzdem muss man den Veranstaltern für die Art und Weise der Kundgebung ein großes Lob aussprechen.

Ulrich St.

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der  
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,  
28217 Bremen

Tel.: 0421/38 29 14  
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: [bremen@vvn-bda.de](mailto:bremen@vvn-bda.de)  
Internet: <http://www.vvn-bda.de/bremen>

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr  
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend  
Spenden benötigt:  
Die Sparkasse in Bremen  
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913  
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig  
anerkannt.

## Kaum zu glauben, aber wahr!

Im Weser Kurier vom 06.11.2002 war ein ausführlicher Bericht darüber zu lesen, dass ein "Verfassungsschützer" vom Potsdamer Dienst mit dem Kontaktnamen "Olle Bartok" einem jetzt verhafteten Neonazi aktive Unterstützung bei der Beschaffung und Vertreibung von CDs gab, unter anderem mit dem Slogan "Noten des Hasses".

Auf dieser Scheibe "DIE KUGEL IST FÜR DICH" werden Prominente wie Alfred Biolak, Rita Süßmuth und Hella von Sinnen mit dem Tode bedroht.

Der Neonazi steht jetzt zwar wegen Volksverhetzung vor Gericht, vom Verfassungsschutz-Kontaktmann aber ist zu erfahren, dass er seinem "Betreuten" anvertraut habe, "in Haft musste nie

einer". Auf die Frage des Vorsitzenden der Staatsschutzkammer, ob er sich gegenüber des Verfassungsschutzmannes sicher gefühlt habe sagte der Verhaftete: "Das auf jeden Fall", da er ja auch Auskünfte über die rechte Szene gegeben habe, nach dem Motto 'eine Hand wäscht die andere'.

Er wurde vor polizeilichen Hausdurchsuchungen gewarnt und auch mit einem "gesäuberten" Computer versorgt. Der Verfassungsschützer sagte ihm: "Mach Dir keine Sorgen, es bestehen Beziehungen zu Staatsanwaltschaften, wo man einiges drehen und machen kann."

Soll so etwas in einem demokratischen Rechtsstaat ohne Protest ablaufen?

Friedel Becker

## Die richtige Antwort

Am Montag, den 28. Oktober 2002 wurden in der Mensa Uhornsweg der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg Flugblätter einer "Nationaldemokratischen Studentengruppe Oldenburg" verteilt. In ihnen wird unter Verwendung diffuser Begrifflichkeiten wie "linker Sumpf" gegen den AStA polemisiert und diesem "kommunistisches Gehabe" vorgeworfen. Nach eigenen Angaben der Urheber, die sich hinter einer eigens eingerichteten e-mail-Adresse verbergen ([nationaldemokraten-ol@gmx.de](mailto:nationaldemokraten-ol@gmx.de)), besteht ihre Gruppierung aus fünf Leuten und will im Januar zu den Wahlen des Hochschulparlaments antreten, um "endlich vernünftige Politik zu machen."

Das Geld für Studierende, welches sie mit dem Semesterbeitrag entrichten, solle nicht mehr "für blödsinnige wie das Semesterticket und illegale linke Projekte und Randgruppen" ausgegeben werden.

Welchen braunen Geistes die Urheber sind, wird besonders mit ihrer Forderung nach einem studienbegührenfreien Studium "nur für Deutsche" deutlich.

Dieses Flugblatt ist ein Schlag in das Gesicht von Carl von Ossietzky, dem Namensgeber unserer Universität; es darf uns nicht egal sein, dass eine Universität, die nach einem von den Nationalsozialisten 1938 auf grausame Weise im KZ ermordeten Widerstandskämpfer benannt ist, zur Agitationsfläche rechtsradikaler Kräfte wird!

Es mag sich bei den Flugblattverfassern um eine Minderheit handeln; ein Blick in die Geschichte zeigt jedoch, dass es keiner großen Zahl von Aktivisten bedarf, um einen Flächenbrand auszulösen, sondern nur einer bereitwilligen Herde, die den Verführern widerstands- und kritiklos folgt!

Wer schweigt, stimmt zu!

Ein Student

[www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de)